

Die Laterne

von

Carl Hirsch.



Dem politischen Langrand-Dumondeu, welchen augenblicklich Deutschland unsicher macht, fehle für sein Ding zu seiner vollständigen Befriedigung: der Segen des Papstes.

Jener Segen, der noch keinem Albaner sagt wo den ist und alle berühmten Handthaten der Weltgeschichte sanktionirt hat, scheint für Liebhaber des Bluteruchs einen ganz besondern Reiz zu besitzen.

Welches Interesse konnte Leo XIII. daran haben, den Arbeitern zu versichern, dass das, ehern ökonomische Lehrgesetz, welches der Bischof Ketteler als in würdig bezeichnet hat, vom lieben Gott in der Feierabendstunde des sechsten Schöpfungstages zur Zierde der Menschheit aufgefunden worden ist?

Diese Befallspläne wird der Kleriker schwerlich vielmehr als Prosolyten zuführen, denn in der Lohnfrage hört beim Arbeiter nicht bloß die Gemüthlichkeit, sondern auch die Frömmigkeit auf.

Wenn also der Papst sich nicht bloß für seine Person zu den volkswirtschaftlichen Theorien Bismarck's bekehrt hat, sondern sich auch für die Meinungen Gottes ausgiebt — Gott würde mir in diesem Falle leid thun — so gesieht dies offenbar nur aus Gefälligkeit gegen den Kanzler, und wenn die Berliner Blätter melden, dass der Kanzler ein Glückwünschschreiber an den Papst gefichtet habe, so lese ich ein Dankschreiben.

Wie sehr die »Entzückliche« in Berlin entrückt hat, lässt sich an den Freudentränen ermaßen, die sie den alten ehrwürdigen Dienern des Fürstlichen Hofstaats; z. B. der Kölnischen Zeitung entlockt.

Dieses Organ des rheinischen Liberalismus trägt den Papst im Triumph durch sein Spalten und lässt vor den Augen seiner Leser jeden einzelnen Satz der Bulle wie einen Diamanten tauch allen Seiten glitzern.

»Seht!«, ruft sie wonnestrunkener aus, seine Heiligkeit erkannte an, dass die weltliche Gewalt von Gottes Gnaden ist, so gut als die kirchliche.

Leo XIII. verwirft die demagogische Volksschmeichelei revolutionärer Nationalisten.

Besonders erhaben findet die Kölnische das Anathem, welches Seine Hei-

ligkeit, ganz wie der Syllabus seines Vorgängers, gegen das mit der französischen Revolution aufgekommenen ruchlose Prinzip der Rechtsgleichheit, der Gleichheit Aller vor dem Gesetz, schlaudert, und das Weltblatt unterstreicht seinen Lesern sorgfältig die goldenen Worte, mit welchen der Oberhirte jene von den revolutionären Fanatikern aufgebrachte Ketzerei abthut:

„Wie er (Gott) auch in der Kirche verschiedene Ordnungsstufen eingeführt hat, so hat er auch in der bürgerlichen Gesellschaft mehrere Stände angeordnet, die an Würde, an Reichtum und an Macht von einander unterschieden sind.“

„Mit solchen Absinnungen des heutigen Hauptes der Curie“, sagt das Weltblatt hinzu, „lässt eine Verständigung mit Deutschland sich noch imdoffen.“

Bezeichnet die Kirche die Welt und die Welt die Kirche? Einmal die Welt und einmal die Kirche?

Für uns Sozialdemokraten ist die Versöhnung zwischen Kirche und Kaiserreich ein ebenso längst erwartetes als willkommenes Ereigniss.

Wie viele sonst vernünftige Leute haben sich nicht durch die wilden Geborden und das Geschrei der Kulturkämpfer täuschen lassen, den Kampf um einen aufrichtigen zu halten?

Nun sie sehen, dass man sieben Jahre lang eine Komödie mit ihnen getrieben hat, und dass hinter dem Mantel des Liberalen der Frank des Bürokraten zum Vorschein kommt, werden Jene sagen:

„Wenn der Mantel fällt, muss auch der Herzog nach.“

Andererseits profitiren die Clerikalen geschickt von der Majgesetzgebung, um dem Volke weiszumachen, sie seien nicht blos Märtyrer für die Stolgebühren, sondern auch für die Volksrechte.

Es ist ganz gut, wenn das Volk nun sieht, wie diese Märtyrer mit ihren

Peinigern, den preussischen Ministern, eine Quadrille aufzuführen und sich um die Volksrechte ungefähr so viel kümmern, als der Kaplan Kronenberg um die zehn Gebote.

Der Friedenskuss zwischen den Führern der Ultramontanen und Liberalen wird also bei den Anhängern beider Parteien eine lebhaftere Enttäuschung hervorrufen. Man wird denken: „Paek schlägt sich; Paek verträgt sich“. Und die Arbeiter, die bisher dem inneren Parteizank der herrschenden Klassen noch einigen Werth beigemessen hatten, werden sich derjenigen Partei zuwenden, bei welcher sie Aufrichtigkeit, Muth, Disciplin, Ausdauer, Klarheit des Ziels und Willensstärke erblicken.

Was wohl das für eine Partei sein mag?

Auch die Kriegervereine flössen mir keinerlei Besorgnisse ein, obwohl die Landlüthe augenblicklich daran arbeiten, sie zu einer napoleonischen Krützelbande abzurichten, und schon jetzt an vielen Orten das traditionelle Mittel zur Anfeuerung des Patriotismus, den Schnaps, in Anwendung bringen.

Auf dem Lande mag diese konservative Organisation vortrefliche Dienste gegen die Liberalen leisten, namentlich bei Wahlen. Sie werden es wohl zu spüren bekommen.

Aber in den Städten dürfte es schliesslich etw. ischwerlogig werden, die Kriegervereine bei der gewünschten Stimmung zu erhalten, wenn die Ausgedienten, die noch den Ballzug in den Knochen sitzen haben, werden sich fragen, für und gegen wen sie eigentlich gratis Polizei Honor spielen sollen?

Neugierige Frage.
Für wen? Für Eure Herren. Gegen wen? Gegen Euch selbst.

Die Mitglieder, welche Das noch nicht begriffen haben, könnten es aus der Zärtlichkeit merken, die man an Ihnen verschwendet.

Wenn Ihr zur Kontrollversammlung kommt, so heisst Ihr bald Ochsen, bald Lämmel, bald sonst etwas dem Vorgesetzten passend Erscheinendes.

Kommt Ihr aber in den Kriegerverein, so werdet Ihr auf einmal Kameraden titulirt.

Der Grund hiervon ist sehr einfach. Zur Kontrollversammlung müsst Ihr kommen, was man Euch auch zu hören gibt. Vom Kriegerverein hingegen wird Ihr wegbleiben, wenn sie Euch sagen würden, wofür sie Euch halten.

Darum nennen sie Euch dort Kamboraden.



Im Grunde ist diese Bearbeitung der Kriegervereine, zu der man unvorsichtigerweise sogar die Erinnerung an 1818 und 1819 wachgerufen hat — eine Erinnerung, die für die Ordnungshelden wenig rühmlich ist — ein recht bedenkliches Zeichen für das Machtgefühl unserer Besieger.

Wie? Ihr habt unsere Vereine gesprengt, unsere Kassen konfiscirt, unsere Zeitungen unterdrückt, unsere Bücher eingestampft; Ihr lest unsere Briefe, umschleicht unsere Wohnungen, folgt uns auf Schritt und Tritt; Ihr habt uns geknebelt, eingesperrt, verbannt, und einige von uns, wie meinen armen Freund Dantler, ungebracht, — und noch fühlt Ihr Euch nicht sicher?

Und zum Schutz gegen dieses siebenmal vernichtete tolle Gesindel habt Ihr 420,000 Mann Linie, nebst Kavallerie, und Artillerie, dann die Reserveregimente, dann die Landwehr und den Landsturm, ausserdem Polizei und Gendarmerie in

Masso, — und das Alles genügt Euch nicht? Und Ihr zittert noch immer? Und Ihr häscht auch noch die Kriegervereine dass sie Eurer Polizei Handtanger Dienste thun, um die Ordnung (Elite Ordnung) aufrecht zu erhalten?

Gewissen deutschen Herzen scholt also doch die Furcht nicht ganz unbekannt zu sein.

Uebrigens gestehen die Offiziösen die Ohnmacht aller bisher gegen unsere Bewegung ergriffenen Massregeln indirekt durch den Eifer ein, mit welchem sie uns in der öffentlichen Meinung herabzusetzen suchen.

Wären wir todt, wie sie es taglich verkünden, so würden sie uns weniger grimmig behandeln.

Neulich erzählten sie, im Schlosse der Partei waren Streitigkeiten entstanden, und wir wären im Begriff, ein Masso Deutschland zu verlassen.

Was helfe Euch das, arme Reichsfreunde?

Die Sozialisten, die heute einiger sind als je, waren lange Jahre gespalten, und Ihr habt keinen Segen davon gehabt.

Und wenn wir auswanderten, könnt Ihr alle Eure Arbeiter fortschicken? Die Arbeiter aber, merkt Euch das wohl, sind Alle aus dem gleichen Teige geknetet, sogar die im Königsrock stekend, der ohne wird früher zum Sozialdemokraten ausgebacken, der andere später.

Wenn wir uns also von Euch nach Kanada oder Brasilien schicken lassen, so würdet Ihr lediglich neue Barbaros an unserer Stelle in der Gluth Eurer Gesellschaft backen.

Wir bleiben also lieber gleich hier, und hoffen, dass Ihr Euch an uns die Finger verbrennt.

Die neueste gegen uns ausgetheltte Parole besteht darin, uns zu Schutzkollern zu machen.

Ich glaube diese Frage in der „Laternen“ eingehend genug börtört zu haben, um keinen Zweifel über unseren Standpunkt aufkommen zu lassen.

Die Verwandlung der civilisirten Welt in ein einziges kapitalistisches Produktions-Gebiet ist vom sozialdemokratischen Standpunkte aus ein grosser Fortschritt, denn sie etabliert zwar die höchste Macht des Kapitals, erhöht aber auch zugleich die materiellen, geistigen und moralischen Hilfsmittel des arbeitenden Volkes.

Was beim Freihandel, auf dem Weltmarkt, rettungslos untergeht, das sind die Reste des Mittelalters, die aristokratischen Ideen, das Gottesgnadenthum, der Militarismus und der von

unseren Liberalen so sorgsam kultivirte Mordpatriotismus.

Alles das spült der Freihandel fort, wie ein Strom einen Kohlenhaufen, und darum soll Deutschland Schutzzölle bekommen. Zu wessen Schutz?

Seine Reporter in der „Laternen“ Epie chinesische Zolländerung Deutschland herin würde zu dem deutschen Volk ein Verhängnis sein, kimmern, aber das Kaiserreich sollte dadurch möglicherweise zu einem ein halbes Menschenalter verkürzt sein.

Wie sollten da unsere Abgeordneten nicht sofort alle Widerstände vergessen und für Schutzzölle stimmen?



Ein Berliner Polizeiblatt, das bei seinen Nachbarn Ehten entlehnt, auf dem eigenen Felde jedoch für die zuverlässigsten Informationen schwimmt.

man hat, weiss bereits, dass am 12. Februar Morgens 9 Uhr die Schutzleute des Herrn von Magni unsere Abgeordneten an der Thüre des Reichstags verhaften und ausweisen werden.

Satzes...

Meine Reporter melden mir diese Thatsache in etwas anderer Form. Darin ist jedoch der betreffende Schutzmann beauftragt, jeden Abgeordneten zu fragen: Will er sich für das Schutzzollprojekt erklären? Auf die Antwort wird er ihn entweder in den Saal einlassen oder zu verhaften. Sie sind verhaftet!



Den „mitteleuropäischen Zollverein“, der im „Journal des Debats“ projektirt worden ist, wäre gewiss ein Fortschritt. Aber warum nur „mitteleuropäisch“?

Und warum nur „europäisch“? Warum z. B. amerikanische Staaten, die sich anschliessen wollen, zurückweisen?

So gut wie der Postverein könnte auch der Zollverein universell im Prinzip sein, indem er allen Staaten den Beitritt offen lässt.

Aber die Verwirklichung dieses Plans scheint uns nur unter zwei Bedingungen möglich:

Erstens: müsste die „Nation“ gegen jene Industrie, welche Corollenationen im „Rapport“ jüngst als die „Nationalindustrie“ (Preussens) bezeichnet hat, nämlich den Krieg, einen Darmbruch erleiden.

Die beitretenden Staaten müssten sich verpflichten, ihre Armeen zu reduzieren, ihre Streitkräfte untereinander einem Schiedsgericht zu unterbreiten und für alle Streitfälle mit Station die der

„Union“ noch nicht angehören, die Vermittlung des Schiedsgerichts anzunehmen.

Zweitens müssten nicht, bios die Frauen der Zölle und der Differentialtarife, sondern auch die der Frauen-, Kinder- und Zuchthaus-Arbeit und des Arbeitstages überhaupt, auf internationalen Wege geordnet werden.

Denn die Zölle, die nach einem für alle Unionstaaten gleichen Tarif auf den Werth gewisser Waaren geschlagen worden, sind nur scheinbar gleich, wenn dieselbe Waare in England von zehn Familienvätern, in Deutschland von zehn Kindern hergestellt wird.

Derjenige Staat, dessen Kapitalisten die Kinder und Frauenarbeit am Rücksichtslosesten ausbeuten, hätte doppelt profitirt: einerseits durch diese Ausbeutung selbst, und anderseits durch seinen Antheil an den höheren Zöllen, die die Waaren, infolge des Schutzes der

Kinder und Frauen, den höheren Preis männlicher Arbeitskraft repräsentiren.



Das würde nun freilich der deutschen Regierung wenig passen. Ihre Politik besteht ja im Gegentheil darin, den Arbeitern durch schikanöse Zwangskassen, Arbeitsbücher, indirekte Steuern etc. die Arbeit möglichst zu erschweren, dafür aber umgekehrt den Fabrikanten die Kinder preiszugeben.

Bei den Glasfabriken, Ziegelöfen und Töpfereien hat man schon den Anfang gemacht. Nun kommt die Reihe an die Manufaktur.

Man wirft die Arbeiter auf Pfahle unter dem Vorwand, dass sie des internationalen Gefühls ermangeln, und ersetzt dadurch kleine Knaben und Mädchen, die für die Hälfte Lohn vier Stunden länger schauzen.

Diese Verbindung von Patriotismus

und Profit ist die Fabrikmarke des Deutschen Reichs. (Deponirt 1871.)

Dies ist auch das wahre Motiv des Sozialistengesetzes.

Zum Königsindr aufzuweizen; beschuldigen uns die Brass/Schramm, Pindler, Bischer und andere Karben mit Tyrannenblut, während in Wahrheit unser Verbrechen darin erblickt wird, dass wir dem Kindermord Widerstand leisten.



Diesem Willorstand wird die deutsche Sozialdemokratie fortsetzen, und will erleichtern, die uns zugewiesen, stimmen allen überein, dass die deutschen Arbeiter den gegenwärtigen Kampf in diesem Sinne auffassen, als einen Kampf um das Wohl ihrer Kinder, einen Kampf um das tägliche Brod, einen Kampf um's Dösen.

Begreift ihr nun, ihr deutschen Junker und Bourgeois, warum alle Eure Verfolgungen, mit logischer Nothwendigkeit wirkungslos sind, warum Eure Herrschaft rettungslos verloren ist?

Nein, ihr begreift es noch nicht, weil Euch von Logik nur die der Thatsachen verständlich ist.

Gut, Ihr sollt eine Thatsache bekommen.

Am nächsten Dienstag ist Reichstagswahl im Westbezirk der Stadt Breslau.

Die Polizei hat den Liberalen den Gefallen erwiesen Junsoren Kandidaten Kraecker zu verhaften, die Versammlungen der Arbeiterpartei zu verhindern, ihre Plakate und Wahlaufrufe zu konfiszieren u. s. w. u. s. w.

Wenn alle diese Bekämpfungsmittel nichts fruchten wenn trotz alledem die

Arbeiter der Geburtsstadt Lassalle's, der zweiten Residenzstadt der preussischen Monarchie, eine bedeutende Stimmenzahl auf ihren Kandidaten vereinigen oder gar ihn durchbringen, werden Ihr dann endlich zugehen, dass unsere Partei in mächtigem Vorschreiten begriffen ist und bald über Eure Herrschaft zur Tagesordnung übergehen wird?

Auch Eure neuen Bundesgenossen, die „katholischen Journalisten Schlesiens“ (wir gratuliren zu dieser Allianz mit dem „Sand“) werden Euch nicht mehr auf die Beine helfen.

Der 4. Februar aber wird ein rühmlicher Tag in der Geschichte des deutschen Proletariats werden.

Die Berliner Parteigenossen haben am vorigen Montag gezeigt, wie sie

trotz Belagerungszustände auf dem Platze sind, wenn es gilt. Im Reichshallen-Saal fand eine Volksversammlung statt, die durch die Fortschrittspartei einberufen war, und in welcher Herr Richter über die Zollfrage referirte. Dass die Versammlung sich gegen den Plan des Kanzlers aussprach, ist natürlich; um denselben zu billigen, hätte sie aus Pensionären von Klinsmann zusammengesetzt sein müssen.

Aber bevor die Richtersche Resolution zur Abstimmung gelangte, nahm die Versammlung einen anderen Antrag an, welcher nicht auf der Tagesordnung für Einberufung gestanden hatte, sondern sozialdemokratischerseits vorgeschlagen war, und welcher die Verringerung der Militärausgaben für nothwendig erklärte!

Selbst unsere Gegner erkennen die

Schlagfertigkeit an, mit welcher die Sozialdemokratie bei dieser Gelegenheit aufgetreten ist. — Koling Föhner.

Die Kynophänen der Fortschrittspartei spielten, demgegenüber eine nur um so kläglichere Rolle; sie wagten den sozialistischen Antrag weder zu bekämpfen, noch gut zu heißen, denn das Eine hätte sie, nach oben, das Andere aber nach unten in Miskredit gebracht. Schweigen ist eben Gold, und nicht bloß bei Fortschrittmännern.

Auch andere Leute sind so schlau, unskämpfend für sich die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, auf was. Dafür bin ich überzeugt, dass sie die Erbsen im Schreien und Bramarbasiren sein werden, wenn unsere Arbeit einmal Erfolg zeigen wird.

Die jetzige Zeit ist ein Prüfstein für die Sozialdemokratie.

Wenn der heftigen Krisis sich feige verlor, und von seinem Parteigenossen sagt: »Ich kenne den Menschen nicht, oder die Mittheilungen seiner Parteifreunde zurückweist, hat seinen Herrn verleugnet, so gut wie Petrus, und er wäre auch eben so fähig ihn zu verkaufen, wie Judas.

Mögen dies die Genossen allorts beherzigen und sich an den Berliner und Breslauer Arbeitern ein ermutigendes Beispiel nehmen:

Breda, 1. Februar 1879.

Carl Hirsch.

Das Verbot der Assisenrede. Folgendes ist der Wortlaut von der unserer vorigen Nummer erwähnten Dokumente, betreffend das Verbot der Lassalle'schen Assisenrede.

Oppeln, den 24. December, 1878.

Die nicht periodische Druckschrift:
Assisen-Rede gehalten vor den Ge-
schworenen zu Düsseldorf am 3. Mai
1849 von Ferdinand Lassalle. Braun-
schweig, 1876.

ist

in Erwägung, dass in derselben radikal, demokratische Prinzipien zum Ausdruck gelangen, indem auf Seite 23, 24, 26, 28, 30, 31, 32, 33, 34, 37, 50 und 80, in frivolster Art und Weise die Behörden angegriffen werden, selbst die Krone in dieser Beziehung nicht geschont und mit vollständiger Rache gedroht wird, dass Redner selbst hervorhebt, dass er entschiedener Anfänger der sozialdemokratischen Republik sei. (S 3), dass endlich gedachte Rede — ursprünglich auf Entlastung der gegen den Redner erhobenen Anklage der Aufreizung gerichtet — in indischer Zeit als Druckschrift aus einer anerkannt sozialdemokratischen Offizin hervorgegangen, so wie dass ihr ein reichhaltigen

Index sozialdemokratischer Schriften angeheftet ist, wonach bei der Stellung des Verfassers als sozialdemokratischer Agitator eingenommen hat, anzunehmen war, dass die Schrift auch noch den heutigen Bestrebungen der Sozialdemokratie zu dienen bestimmt ist, dass dieselbe somit als eine solche zu erachten war, in welcher sozialdemokratische u. s. w. auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, angesehen die §§ 11 ff Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878, durch die unterzeichnete Landspolizei verboten worden.

Königliche Regierung.

Abtheilung des Innern.

Die Unterschrift ist unleserlich, aber man weiß bereits, dass der Held dieses wie des früheren Oppeln-Ultras Herr Quadt ist.

Wir lassen nunmehr die Beschwerdeschrift folgen, in welcher unser Freund Bracke den Quadt verarbeitet:

An die Reichs-Commission in Berlin.

Hiermit erlaube ich Beschwerde gegen das von der Königl. Regierung zu Oppeln am 31. Dezember 1878 erlassene Verbot der in meiner Vorlage erschienenen Druckschrift:

Assisprored. v. Ferd. Lassalle, 1876, indem ich zur Motivirung des Verbots folgendes bemerke:

Die Königl. Regierung macht gar nicht den Versuch, aus dem Inhalt der Druckschrift zu beweisen, dass derselben in „Verfolgung sozialdemokratischer Ziele auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage treten“ wie das Sozialistengesetz dies verlangt.

Erst daraus, dass dieselbe bei mir

erschienen ist, dass ihr ein Verzeichniss sozialdemokratischer Schriften angehängt ist und dass Lassalle Sozialdemokrat war, folgert die Königl. Regierung, dass die Schrift „sozialdemokratischen Bestrebungen diene“ und dass sie mit alle eine solche zu erachten sei, bei welcher die Erfordernisse des Gesetz zuträfen.

Nun sind die erwähnten Aeusserlichkeiten für den Inhalt meiner Schrift doch wirklich ganz gleichgültig; in der Druckschrift sollen gewisse Bestrebungen zu Tage treten, so verlangt das Gesetz. Die Königl. Regierung zu Oppeln hat letzteres aber überhaupt wie es scheint gar nicht gelesen. Sie hatte offenbar noch die Regierungsvorlage im Sinne, in welcher allerdings ausgesprochen war, dass eine Schrift, welche sozialdemokratischen Bestrebungen diene, zu verkaufen sei.

Diese Vorlage wurde nun aber unbekanntlich abgelehrt und mir gegenüber im Reichstage jene neue Fassung beschlossen welche durch Zustimmung des Bundesraths Gesetzeskraft erlangt

to und welche die oben skizzirten Besondernisse für das Verbot aufstehen womit doch unzweifelhaft bestimmt würde, dass das Einfache, den sozialdemokratischen Bestrebungen dienlich und dafür nicht genügend sein sollte. Mit welcher unglaublichen Oberflächlichkeit bei diesen Verböten zuweilen vorgegangen wird, zeigt gerade die von mir angefochtene Verfügung.

Wie nun gar das der Schrift angehängte Verzeichniss sozialdemokratischer Schriften, wie die politische Stellung des Verfassers oder des Verlegers bei der Anwendung gesetzlicher Vorschriften, die für Alle gleich sein sollen und sind, im vorliegenden Falle für das Verbot der Schrift angeführt werden kann, ist für mich rein unfassbar. Ubrigens hat Lassalle auch Sachen geschrieben, die gar nicht sozialdemokratischer Natur sind; Herakleitos der Dunkle von Ephesos und Julian Schmäht haben gewiss keinen sozialdemokratischen Charakter. Auch ich hatte die Ehre, eine ganze Reihe nicht sozialdemokratischer Schriften zu verlegen

und füge als Beispiel einligend ein Exemplar einer Schrift bei, von welcher selbst die Königl. Regierung zu Oppeln nicht behaupten wird, dass sie sozialdemokratischen Bestrebungen dient.

Die Königl. Regierung zu Oppeln hat die Lassalle'sche Rede nach ihrem eigenen Erlasse nicht verboten, weil sie an sich die Anwendung des Sozialistengesetzes heraufsforderte. Bei einem Nichtsozialdemokraten „erschieden, würde sie, wie es scheint, auch von Oppeln aus nicht verboten worden sein; aber sie erschien bei mir.

Könnte es nun auch meiner Eigenliebe schmeicheln, eine Schrift, weil ich mit ihr zu thun, als gefährlicher erachtet zu sehen, als sie sonst erachtet sein würde, so dass sie sogar zu einer Gefahr für Staat und Gesellschaft wird, so kann ich mich durch diese schmeichelhafte Anerkennung der Bedeutsamkeit meiner Handlungen doch nicht abhalten, diese ganze Auffassung der Königl. Regierung als ausserordentlich irrig und verkehrt zurükzuweisen.

Ich gebe mich nicht der Hoffnung

hin, dass diese Beschwörde zu einer Aufhebung des Verbotes führen wird; dazu hat die Reichs-Kommission in mehreren Sachen für meine Auffassung von dem, was Recht ist, nach dem Gesetz schon zu wunderbare Entscheidungen abgegeben. Auch weiss ich, dass das vorliegende Verbot für Sozialdemokratie, der ich diene, ohne den Staat oder die Gesellschaft umstürzen zu wollen, eben so wenig Schaden thut, wie die Verbote, die sonst schon erlassen sind; die Agitation war nicht die Ursache der sozialdemokratischen Bewegung und das letztere mit der ersten verschwände, wäre eine kindlich-naïve Auffassung.

Wenn ich gleichwohl Beschwerde erhebe, so geschieht es, weil ich mich der Zukunft und der Geschichte wegen für verpflichtet halte, die Entscheidung der eingesetzten Beschwerde-Instanz einzuholen.

Braunschweig, 7 Januar 1878.

W. Bracke jr.

Zur Notiz.

Wegen Stoffandrangs müssen wir den Schluss von „Nobling in Paris“ für die nächste Nummer zurückstellen.

Die nächste Nummer der „Laternen“ erscheint anderthalb Bogen stark (48 Seiten anstatt 32). Bisher kürzer wird die „Laternen“ regelmässig in diesem grösseren Umfange erscheinen, ohne Erhöhung des Preises.

Andererseits schreibt man uns aus Deutschland, dass vor dem Verbot der Parteikalender noch mehr als 40,000 Exemplare derselben verkauft werden könnten, und dass ausserdem eine gewisse Anzahl „gerettet“ worden sind, die man durch die Volksbuchhandlung in Neudammster, Zürich beziehen kann.

Wir verzichten unter diesen Umständen gern auf unser Vorhaben, noch für das laufende Jahr einen „Laternenkalender“ herauszugeben, um nicht den Vertrieb dornoch Vorhandenen „Armen Konrade“ zu beeinträchtigen.

Briefkasten.

H. v. S. 8 M. erhalten.

B. v. S. 8 M. 30 Pf. erhalten.

Auf unsere Anregung hat sich in Brüssel ein Komite von Parteigenossen konstituiert, welches über die Verwendung der hier eingehenden Gelder zu entscheiden hat. Auf den Wunsch eines unsrer Reichstagabgeordneten, welcher die Vertheilung der Gelder übernommen hat, und in Uebereinstimmung mit der Ansicht des hies. Komitès haben wir an den erwähnten sozialistischen Abgeordneten eine erste Sendung von 200 Fr. abgehen lassen.

Die Expedition der „Laterné.“

Restlütigt

Im Namen der Kommission:

B. J. u. m. e.